

Antrag 26/I/2023**KDV Friedrichshain-Kreuzberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Immobilienpekulation eindämmen - Steuerprivilegien streichen!****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt (Konsens)**

1 Die SPD setzt sich durch Umsetzung der folgenden Maß-
2 nahme für eine Eindämmung der Steuerprivilegien im Im-
3 mobiliensektor ein:

4

5 Die Einkommensteuerfreiheit bei der Veräußerung von
6 nicht-selbstgenutzten Immobilien von privaten Eigentü-
7 mer*innen wird aufgehoben, auch wenn die Immobilie
8 länger als zehn Jahre lang gehalten wurde.

9

10 Begründung

11 In Deutschland besitzt das reichste 10 % der Bevölkerung
12 fast den gesamten Bestand an Immobilien, die vermie-
13 tet werden. Gleichzeitig gibt es enorme Steuerprivilegien
14 im Immobiliensektor, wovon eine die Steuerfreiheit von
15 Veräußerungsgewinnen für nicht selbst genutzte Immo-
16 bilien ab einer Haltedauer von 10 Jahren ist. Im Zuge der
17 sich zuspitzenden Wohnungskrise, unterstreichen wir un-
18 sere Forderung aus dem Wahlprogramm 2021, die Steuer-
19 freiheit für Veräußerungsgewinne nicht selbst genutzter
20 Grundstücke nach zehn Jahren abzuschaffen. Dieses Steu-
21 erprivileg ist auch international sehr unüblich.

22

23 Während in Frankreich und Großbritannien vermögensbe-
24 zogene Steuern über 4% des BIP ausmachen (Grundsteuer,
25 (Netto-)Vermögensteuer, Erbschaft/Schenkungssteuer
26 und Kapitalverkehrsteuer), sind es in Deutschland nur gut
27 1% und damit deutlich unter dem OECD-Schnitt von 2%.
28 Für eine gerechtere und effizientere Besteuerung von Im-
29 mobilien in Deutschland braucht es eine grundlegende
30 Reform. Dazu zählen neben der Beendigung der Begünsti-
31 gung von Wohnungsunternehmen bei der Erbschaftsteuer
32 und der deutlichen Einschränkung von Share Deals
33 besonders die Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen
34 für selbstgenutzte Immobilien nach 10 Jahre Haltefrist.
35 Durch diese steuerliche Maßnahme wollen wir den enor-
36 men Überinvestitionen von bis zu 110 Milliarden Euro jähr-
37 lich im Wohnungsmarkt begegnen, die nicht zu mehr Bau-
38 aktivität, sondern in erster Linie zu höheren Immobilien-
39 preisen und steigenden Mieten führen und maßgeblich
40 auf die enormen steuerlichen Privilegien zurückzuführen
41 sind.

42

43 Im Gegensatz zu anderen Vermögensgegenständen im
44 Privatbereich, wie beispielsweise Wertpapiere, auf die Ab-
45 geltungssteuer und Soli fällig werden (zusammen 26,4%),
46 werden Veräußerungsgewinne aus Immobilien selten be-
47 steuert. Mittlere Arbeitseinkommen oder Einkünfte aus

48 selbstständiger Arbeit unterliegen dem progressiven Ein-
49 kommensteuertarif und werden damit deutlich höher be-
50 lastet als Einkünfte aus Immobiliengeschäften. Wir for-
51 dern, dass diese uneingeschränkt, mit den Ausnahmen
52 selbstgenutzter Immobilien, einkommensteuerpflichtig
53 und den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung zu-
54 gerechnet werden. Damit kann nach ersten Schätzungen
55 ein steuerliches Mehraufkommen von 6 Milliarden Euro
56 erzielt werden.